

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreis: Die Schlesische Arbeiter-Zeitung über deren Raum 0,50 Mk., außerhalb 1,00 Mk.
Einzelnummer 25 Pf. Durch Kurträger 1,40 Mk. für die Woche, 6.—Mk. für den Monat.
Durch die Post: 0,10 Mk. für den Monat.

Postfach Nr. 28885
„Sozialistischer Verlag, o. G. m. b. H.“, Breslau.

Bezugspreis: Die Schlesische Arbeiter-Zeitung über deren Raum 0,50 Mk., außerhalb 1,00 Mk.
Einzelnummer 25 Pf. Durch Kurträger 1,40 Mk. für die Woche, 6.—Mk. für den Monat.
Durch die Post: 0,10 Mk. für den Monat.

Klassenkämpfe in allen Ländern!

Vorbemerkung. Die Vertiefung der Klassengegensätze breitet fort. Die wirtschaftliche Situation erzwingt Kämpfe, und die Kämpfe bringen Schulung und Klärung der arbeitenden Massen. Immer klarer und schärfer treten sich die Fronten der Ausbeuter und der Ausgebeuteten gegenüber.

Die verwischenden und vertuschenden Zwischenschichten verlieren dauernd an Macht und Einfluss, sowohl in den Parlamenten (siehe Meldung 1 u. 2) wie in den wirtschaftlichen und politischen Aktionen (Meldung 3 und 4).

Die Bourgeoisie greift in ihrer Ohnmacht der wirtschaftlichen Krise gegenüber zu immer brutaleren Mitteln (Meldung 5—10) und bringt damit immer breiteren Massen die Einsicht in die Notwendigkeit der proletarischen Revolution bei. Das durch die Verbrechen der Sozialverräter zerfetzte proletarische Solidaritätsgefühl erstarbt angesichts der Machenschaften des internationalen Kapitals immer mehr (Meldung 11—13).

1. Die Sozialpatrioten Österreichs zurückgetreten.

Wien, 22. Oktober. Die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder haben ihre Ämter niedergelegt.

2. Die schwedischen desgleichen!

Stockholm, 22. Oktober. Das Kabinett Branding ist zurückgetreten.

Die gleiche Erscheinung, die sich bei den deutschen Reichstagswahlen zeigte, tritt in allen Ländern mit sozialdemokratischen „Arbeiterregierungen“ zutage: die Massen des Kleinbürgertums, zerrieben zwischen den Mühlsteinen der Diktatur der Großbourgeoisie und der drohenden Machtgreifung durch das Proletariat, niedergedrückt durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch marschieren geschlossen ins Lager der Konterrevolution ab. Die Illusion des unmöglichen Klassenfriedens zerfällt und der Betrug der Scheidewänner an den proletarischen Massen wird durch einen Zutritt der Reaktion belohnt.

3. Vom Bergarbeiterstreik in England.

Glasgow, 23. Oktober. Die Leitung entgleitet immer mehr den Händen der offiziellen Führer. Die schopstowards (Räte) und die örtlichen Aktionsräte gewinnen an Bedeutung. Besonders zeigt sich das bei gemeinsamen Aktionen der Streitenden mit den Arbeitslosen.

4. Rotterdam, 23. Oktober. Die Eisenbahner üben auf ihre Leitung einen sehr scharfen Druck zugunsten des Sympathiestreiks aus. Thomas hat fast allen Einfluss verloren. Er erklärte, die Leitung des Eisenbahnerverbandes niederlegen zu wollen, wenn der Streik doch ausbrechen sollte. (1)

5. Die englische Regierung und der Kiesenstreik.

London, 23. Oktober. Gestern wurde im Unterhaus eine Gesetzesvorlage eingereicht, die die Regierung ist erster Linie ermächtigt, außerordentliche Maßnahmen zum Schutze der Allgemeinheit im Notfall zu treffen.

Die Mitteilung des letzten Satzes der obigen Meldung wird ergänzt durch eine Reutermeldung, wonach die im Unterhaus eingereichte Bill, die für die Dauer des gegenwärtigen Zustandes Ausnahmemassnahmen vorsieht, einer Wiedererwägung des Kriegszustandes ziemlich gleichkommt. Die Abstimmung über diese Bill, die am Dienstag zur zweiten Lesung kommen wird, soll beschleunigt werden.

6. London vor dem Ausnahmezustand.

Basel, 23. Oktober. Das „Journal des Debats“ mahnt aus London: In London bewegen sich große Demonstrationen durch die Straßen. Das Geschäftsleben stockt infolge des vollständig in Unordnung geratenen Verkehrs. Die Bank von London ist von Truppen besetzt. Da sich die Lage zuspitzen scheint und ernstere Unruhen befürchtet werden, erwägt die Regierung, in der heutigen Nacht über London und Vororte den Ausnahmezustand zu verhängen.

Damit würde der offene Kriegszustand hergestellt und die Verhängung des Generallockouts über ganz England projiziert.

7. Italien vor dem Bürgerkrieg.

Der römische Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ meldet: In ganz Italien schreitet jetzt die Regierung mit

aller Strenge gegen die „anarchistischen Aufwieglern“ ein. So wurden in Bologna als Urheber der letzten Zusammenstöße mehrere Anarchisten sowie ein ungarischer Kommunist festgenommen. Die Regierung bestimmt, daß von den Behörden zur Wahrung von Ruhe und Ordnung keinerlei aufrührerischen Kundgebungen und Versammlungen mehr geduldet werden dürfen. Gegen Pressevergehen soll ebenfalls streng eingeschritten werden. Die Regierung hat eine Verstärkung der Sicherheitspolizei, der sogenannten Königsgardisten, beschlossen, um gegen alle Unruhen gerüstet zu sein.

8. Mailand, 19. Oktober. In politischen Kreisen wird der Sturz Giolittis vorhergesagt. Der Bürgerkrieg droht. Mitti und mehrere sozialistische Delegierte sollen sich verbunden haben, um die Abdankung des Kabinetts Giolitti zu erzwingen. Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß Orlando die Macht an sich reißen will. Die Regierung will alle öffentlichen Versammlungen verbieten, um Unruhen zu vermeiden. Die Situation in Bologna wird täglich ernster.

9. Gärung in Rumänien.

Bukarest, 23. Oktober. In Rumänien bereiten sich schwerwiegende Ereignisse vor. Die politischen Verfolgungen der rumänischen Arbeiterschaft haben wachsende Erregung hervorgerufen. Am 10. Oktober wurde der Regierung eine Denkschrift mit wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Arbeiterschaft überreicht und zugleich ein Ultimatum mit der Androhung eines Generalstreiks. Am Montag ist dann tatsächlich ein allgemeiner Ausstand der rumänischen Eisenbahner ausgebrochen. Im alten Königreiche sowie in der Bukowina, besonders im Gebiet von Jassy, scheinen sich die Zustände sehr zu verschärfen. Denn der Kommandant von Jassy ist gezwungen worden, einen Befehl zu erlassen, daß der Aufbruch mit den strengsten Maßnahmen, auch unter Anwendung von Bomben und Gas, niederzuschlagen sei.

10. Gärung in Portugal.

In Portugal sind die Verhältnisse weiter unklar. Der außerordentlich strengen Postzensur halber dringen wenig Nachrichten ins Ausland. Die verfassungsmäßigen Garantien sind aufgehoben worden. Das Streikkomitee der Eisenbahner wurde verhaftet, die Gewerkschaftsleitung des Eisenbahnerverbandes aufgelöst. Der Verkehr ruht vollständig, kein Privatautomobil darf Lissabon verlassen. Alle Wehrpflichtigen des Jahrgangs 1921 erhalten die Einberufungsborder. Es handelt sich um revolutionäre Unruhen erster Ranges, die anscheinend diesmal nicht bürgerlich-royalistischen, sondern proletarischen Charakter tragen.

11. Solidarität.

Im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet wird energisch für einen Solidaritätsstreik mit den englischen Bergarbeitern Propaganda gemacht.

12. Amerika.

New York, 23. Oktober. Die amerikanische Gewerkschaftsunion schlägt zur Unterstützung der Forderungen der englischen Kohlenarbeiter vor, die Ausfuhr amerikanischer Kohle zu verhindern. Die Gewerkschaft der Leder hat ihre Mitglieder aufgefordert, das Verladen von Ausfuhrhölzern zu verhindern.

13. Die Transporter.

„Amsterdam Allgemeines Handelsblatt“ meldet, daß die Zeitung des Internationalen Transportarbeiterverbandes in einer diese Woche in Amsterdam abgehaltenen Versammlung beschloß, unter Mitwirkung der Transportarbeiterorganisationen Englands, Frankreichs, Deutschlands, Belgiens und Hollands für eine eventuelle internationale Unterstützung der streikenden britischen Bergarbeiter die notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Vorläufig sieht die Sache allerdings noch sehr sehr „eventuell“ aus, immerhin aber zeigt die Meldung, daß die Zeitung der Transporter kämpfhafteste Versuche unternimmt, ihre Autorität wiederherzustellen. Das ist natürlich nur durch Taten möglich, nicht durch „vorbereitende Maßnahmen“, die zu keinerlei Ergebnissen führen.

14. Solidaritätserklärung der französischen Hafendarbeiter.

Le Havre, 23. Oktober. Das Kriegsgericht verurteilte die Meuterer von dem Dampfer „Menes“ zu Gefängnisstrafen von drei Tagen bis zu einem Jahr. Als Protest ordneten die Delegierten der Gewerkschaften von Le Havre und Marseille einen 24 stündigen Streik an, der in allen Häfen Frankreichs durchgeführt werden soll und mit dem heutigen Sonnabendnachmittag beginnt.

Lohnbewegung der französischen Bergarbeiter.

Paris, 22. Oktober. Der Nationalrat der französischen Bergarbeiter ist zusammengetreten, um die Frage der Erhöhung der Arbeitslöhne zu besprechen. In gewerkschaftlichen Kreisen geht nach dem „Internationale“ das Gerücht, die Delegierten des Loirebeckens hätten den Auftrag, eine Erhöhung des Tagelohnes um 5 Franken zu verlangen und von der Regierung und von den Bergwerksbesitzern in kürzester Zeit die Bewilligung dieser Forderung zu erzielen.

Der Nationalrat der französischen Bergarbeiter hat dem Arbeitsminister und dem Minister für öffentliche Arbeiten seine Forderungen unterbreitet. Er verlangt einen Tagelohn, der fünfmal höher ist als vor dem Kriege und ferner Zulagen für die Arbeiter unter Tage. Der Nationalrat verlangt eine Antwort bis zum 30. Oktober, um gegebenenfalls die Verhandlungen über die neue Gehaltskala mit den Grubenbesitzern am 2. November beginnen zu können. Am 14. November müßten die Verhandlungen zu Ende geführt sein. Die neue Stala soll am 1. November in Kraft treten.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Meldung: Infolge der industriellen Krise haben in Frankreich große BetriebsEinstellungen stattgefunden. Tausende von Arbeitern sind in ganz Frankreich entlassen worden. Ganz besonders ernst ist die Lage infolge der Ernährungsverhältnisse in dem ehemaligen Kampfgebiet. In den Departements des Nordens und im Loiredepartement sind die Aussperrungen sehr bedeutend. Im Seinedepartement sind 40 Prozent der Arbeiter der Autoindustrie, 50 der Arbeiter der Lederindustrie und 75 Prozent in der Lederbranche entlassen worden.

Eisenbahnerstreik in Ungarn und Serbien.

Wien, 24. Oktober. Nach einer Mitteilung des „Wiener Journal“ soll auf den ungarischen Eisenbahnen ein Generallockout ausgebrochen sein.

Die Eisenbahner in ganz Serbien sind in den Streik getreten.

Der Streik in Bremen

geht verschärft weiter.

Wer

die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ durch Kurträgerin oder Kolporteur nicht bekommen kann, bestelle sie sofort bei der nächstgelegenen Postanstalt.

Unterzeichnete... bestellt hiermit die

Schlesische Arbeiter-Zeitung
Erscheinungsort Breslau

für den Monat.....

Bezugspreis pro Monat 5,40 Mark einschl. Bestellgeb.
(Der Betrag ist vom Briefträger anzulassen.)

Name u. Stand:

Wohnort:

Straße u. Haus-Nr.

Falls ein Postamt die Annahme der Bestellung verweigert, schreibe man sofort an die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, Breslau 1, Mikolajstr. 49/50.

Die Kommunisten und wir.

Von Walter Stöcker.

I.

Durch die Lösung der Frage des Anschlusses unserer Partei an die dritte, kommunistische Internationale wird auch eine Frage brennend, die ohnehin bald eine Klärung erfordert hätte: Unser Verhältnis zur kommunistischen Partei Deutschlands. Unter den skrupellosen Mitteln, mit denen die opportunistischen Gegner der dritten Internationale arbeiten, hört man auch immer wieder die falsche und irreführende Behauptung: wir müßten vor der Kleinen R. P. D. abbauken, kapitulieren, unsere Partei müßte „in der R. P. D. aufgehen“, wir müßten uns der Diktatur der kommunistischen Führer beugen und dergleichen unsinnige Behauptungen mehr. Es genügt, diese Schwindelereien als solche festzustellen. Was die dritte Internationale von uns erwartet, ist eine Verschmelzung und Vereinigung mit der R. P. D., da die kommunistische Internationale mit Recht der Ansicht ist, daß wegen der nötigen Geschlossenheit und Einheit in jedem Lande nur eine Sektion der Internationale bestehen darf. Daß eine solche Vereinigung nicht über Nacht vor sich gehen kann, ist selbstverständlich.

Während des Krieges, seit Golba, waren die Spartakusgenossen in unserer Partei. Sehr viele Genossen des jetzigen linken Flügels gehörten damals zu dieser Richtung, da auch sie den Pazifismus von Kautsky, Cohn, Breitheid usw. bekämpften und die Partei in revolutionärem Sinne vorwärts drängten. Die verhängnisvolle Abtrennung erfolgte dann im Januar 1919, als es allerdings in der Partei sehr bunt aussah und die Rechte sich weigerte, zur Klärung aller strittigen Fragen sofort einen Parteitag einzuberufen. Die Linken verlangten damals von der Partei die Forderung der proletarischen Diktatur, während fast alle rechten Führer für die Nationalversammlung eintraten. Schon der erste Parteitag zeigte die ersten Differenzen in der Partei über die Fragen der Demokratie und Diktatur. Damals stand die Partei in einer ernsten Krise. Sie war so krank, daß selbst Ledebour gemeinsam mit Däumig und Richard Müller mit den Spartakusgenossen ernste Verhandlungen über den Austritt aus der U. S. P. und die Gründung einer neuen revolutionären Partei führten. Wenn damals viele führende Genossen der jetzigen Linken nicht mitgingen, so erstens, weil sie den Moment einer Abtrennung für falsch hielten und zunächst den Parteitag abwarten wollten, wo sich zeigen würde, ob der Kurs der Partei nach links oder rechts gehe und ob eine Trennung nötig werde. Zweitens wegen der bedauerlichen Taktik, auf die sich der Gründungsparteitag der R. P. D. festlegte. Es wird niemand leugnen können, daß diese Tagung sehr schlecht war von Gefühlsrevolutionären und syndikalistischen Elementen, die allem Zureden der revolutionären Marxisten, wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Paul Levi usw. völlig unzugänglich waren. Der Phantast und Wirrkopf Mühle beherrschte den Parteitag, so daß Rosa

Luxemburg mit Recht bei den Delegierten „den erforderlichen Ernst und die ruhige Ueberlegung“ vermehrte. Mit großer Mehrheit legte man sich auf die Nichtbeteiligung an parlamentarischen Wahlen fest und machte damit eine Verhandlung und Einigung mit den übrigen marxistisch-revolutionären Elementen der U. S. P. unmöglich. Man lese nur in dem Protokoll dieses Gründungsparteitags der R. P. D. den Bericht über die Verhandlungen mit Däumig und seinen Freunden nach und man erkennt sofort, daß dies der Hauptgrund der Nichtverhandlung war, denn die übrigen Punkte waren meist ziemlich unbedeutender Art.

Daß die Abtrennung der Kommunisten von unserer Partei im damaligen Augenblick und zumal in der Art, wie

Neue Pflichten

legt die 3. Internationale ihren Mitgliedern auf.

Sie verlangt von jedem, daß er Kämpfer ist und Kämpfer bleibt. Sie duldet keine Untätigkeit. Jeder hat sich zur Arbeit zu drängen. Gelegenheit zur Partiarbeit bietet sich überall, auf der Arbeitsstätte, im Hause, im gesellschaftlichen Kreis.

Verbreitet Aufklärung,

denn aber die 3. Internationale und über unsere russischen Genossen werden Tag für Tag von den bürgerlichen Blättern und von der antipolitischen „Freiheit“, „Volksmacht“ usw. unwahre Behauptungen kolportiert.

Sagt es allen Vorgesetzten, daß die 3. Internationale die Weltorganisation der revolutionären Proletariats ist, der jeder Klassenbewußte Arbeiter angehören muß, und daß alle diejenigen, die sich dieser internationalen Vereinigung des Proletariats entgegenstellen, auch vom rechten Wege abdringen und zur Feinde der Bourgeoisie vernünftigen werden.

Hütet die Lauen und Gleichgültigen auf!

Zeigt ihnen das hohe Ziel der kommunistischen Internationale: Die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch den Kommunismus.

Werbt Mitglieder für die der 3. Internationale angeschlossene Unabhängige Sozialdemokratie.

Fort mit der antibolschewistischen „Volksmacht“!

Werbt Abonnenten für die der kommunistischen Internationale dienende „Schleifische Arbeiterzeitung“.

Laßt Taten sehen!

Die vorgenommen wurde, ein schwerer Fehler war, sehen heute selbst viele Kommunisten ein. So führte Paul Levi erst kürzlich nach dem Bericht der Wiener „Roten Fahne“ in einer Rede über „Die Entwicklung des Spartakusbundes in Deutschland“ in Wien u. a. folgendes aus: „Im Dezember 1918 trat also die Frage vor uns, ob all diese losen Gruppen zu einer Partei zusammenzufassen sind oder ob man noch weiter in der U. S. P. arbeiten solle. Die Meinungen waren geteilt: Jetzt zeigt sich freilich, daß Leo Jogiches, der gegen die Gründung der R. P. schon in einem so frühen Stadium der deutschen Revolution war,

den weitesten Blick besaßen hat. Wir hatten keine feste Organisation hinter uns, sondern Leute, die rein gefühlsmäßig mit Liebknecht gingen und ohne jedes marxistisches Denken waren. Wir sahen schon damals, daß bei dieser Zusammensetzung der Partei die Arbeit eine sehr schwierige sein werde, man hoffte aber, daß da die Autorität Liebknechts und Luxemburgs helfen werde. Nur diese Zusammensetzung der Partei machte es erklärlich, daß am Gründungsparteitag auch gegen die Ansicht Liebknechts und Luxemburgs beschlossen wurde, sich an den Wahlen ins Parlament nicht zu beteiligen. Der Kongress stand eben unter dem Einfluß der Straßenkämpfe und der noch zu erwartenden Ereignisse. Der Beschluß war unstreitbar falsch. Die Folge war, daß große Arbeitertrupps, die sich bereits zu uns durchgerungen hatten, den Uebertritt unterließen. Der falsche Boykottbeschlus, die allzu frühe Loslösung von der U. S. P. und die Zeit schwerster Verfolgungen bestimmten die organisatorische Schwäche der R. P. D.

Trotzdem also schon damals grundsätzlich keine Meinungsverschiedenheiten mit den meisten Genossen der übrigen Linken bestanden und das von Rosa Luxemburg vorgelegte Programm: „Was will der Spartakusbund?“ Wort für Wort unseren Anschauungen entsprach, machte uns doch das ganze Drum und Dran dieses Parteitages und die dort festgelegte Taktik ein Zusammengehen unmöglich. Die weitere Entwicklung der R. P. D. zeigte dann, daß es den marxistischen Elementen nicht gelang, sich durchzusetzen, so daß der Parteitag immer größer wurde und wir Linken in vielen Orten und Bezirken in eine ernste Kampfstellung zu den Kommunisten gedrängt wurden, die immer mehr das Sammelbecken von allen möglichen Elementen wurden, sinnlosen Putschisten, reinen Gewaltbetern, Syndikalisten, Anarchisten, unklaren Phrasenredner, organisatorisch fast alles völlig ungeklärte Elemente, die durch die revolutionären aufregenden Ereignisse ins politische Leben gekommen waren. Es war im vergangenen Jahre zeitweise so schlimm, daß eine gemeinsame Aktion mit den Kommunisten einfach eine Unmöglichkeit wurde. Wir geben gern zu, daß der Verlust Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, wie auch die Illegalität der R. P. D. ihr eine ernste Aufklärungsarbeit in ihren eigenen Reihen sehr erschwert hat, aber in dem Verhältnis von Parteien zueinander fragt man meist nicht nach den Ursachen, sondern hier kommt es auf die Tatsachen an, wie sie sind. Und Tatsache ist, daß damals ein Zusammengehen, geschweige denn eine Verständigung mit der R. P. D. nahezu unmöglich war, zumal deren Zentrale völlig in der Luft hing und jeder Bezirk und jede Ortsgruppe machte, was sie wollte. Da der Gründungsparteitag im Januar 1919 wegen der starken syndikalistischen Strömung einer Entscheidung in der Frage der Gewerkschaftstaktik auswich war, hatten in vielen Bezirken die sogenannten Unionisten völlig die Partei in der Hand und propagierten überall im Namen der Partei den Austritt aus den Gewerkschaften und die Betriebsorganisationen. Wir wollen nicht auf Einzelheiten eingehen, nur einen Vorgang möchten wir aus der Fülle der damaligen Ereignisse herausgreifen:

Das Problem der Güterverteilung während der Diktatur des Proletariats.

(Schluß.)

Die Menschen, in der „demokratischen“ Herrschaft des Kapitalismus großgezogen, erschweren durch ihren instinktiven oder bewußten Widerstand gegen die Offenheit und Aufrichtigkeit die offene, aufrichtige Diktatur des Proletariats. Die offene Diktatur des Proletariats hat nicht die Absicht, und wird auch niemals eine derart schonungslose Klassenherrschaft und einen solchen Klassenterror verwirklichen, wie die „demokratisch“ verkleidete Diktatur der Bourgeoisie.

Die aus dem „freien“ Wettbewerbe des Kapitalismus hervorgehende mörderische Klassenzerstückelung nehmen die Menschen mit der Empfindung des Gewissens zur Kenntnis oder es können die Personen und Gruppen ihre Unzufriedenheit mit derselben mangel eines verantwortlichen Organs nur durch Kapitulation innerhalb des Klassenkampfes und durch Verschärfung dieses Klassenkampfes zur Geltung bringen. In der anarchischen Güterverteilung des Kapitalismus bildet der Mangel einer strengen Abgrenzung der Klassen kein Hindernis. In der Diktatur trachtet jedermann vor dem kompetenten und verantwortlichen Organ nachzugeben, er geht für die Gruppe der in erster Reihe zu Beteiligten und ist im

Falle unzulänglicher Einteilung als Privatperson oder als Gruppe anzufrieden. Zu Beginn der Diktatur des Proletariats, zur Zeit der völligen Desorganisation der Produktion muß die Zahl der besser zu Beteiligten auf ein Minimum beschränkt werden, es müssen in der Klassentationierung mehrere Gruppen aufgestellt werden, in welche mit der fortschreitenden Zunahme der Produktion die unteren Gruppen nach und nach aufgenommen sind. Selbstredend müssen alle Personen, die sich durch ihr noch aus der kapitalistischen Epoche stammendes Vermögen ohne Arbeit versorgen können, was mit Hilfe des während der ganzen Zeit der Reorganisation unvermeidlich vorhandenen, sowohl immer mehr abnehmenden Schleichhandels möglich ist, sowie die Träger dieses Schleichhandels auf die minimale Beteiligung gesetzt werden. Die Massen, welche die Macht des Proletariats sichern, die Gewaltorganisation der Diktatur selbst, ferner die organisierte und bewaffnete industrielle Arbeiterschaft der sozialisierten Großbetriebe geben die erste Klasse der zu Versorgenden. Jene sozialigen Arbeitenden, die an dem „Ansehen des Sozialismus“ teilnehmen, sich in das gemeinschaftliche Wirtschaftssystem des proletarischen Staates einfügen, bilden die zweite, die außerhalb der Wirtschaftsorganisation des proletarischen Staates Arbeitenden die dritte und schließlich die oben erwähnten Bourgeoisie die vierte Klasse — zu Beginn der Diktatur. Obwohl diese Einteilung auf prinzipieller Grundlage aufgedacht ist, stellt sie natürlich nur ein Beispiel der möglichen Einteilung dar. Von entscheidender Wichtigkeit ist die allererstgenannte Festlegung der Grenzen zwischen den einzelnen Gruppen. Hauptmäßig der Zahl der einzelnen Beteiligungsklassen ist die Frage der Angehörigen (Familienmitglieder, Kinder) von ausschlaggebender Wichtigkeit. Der Klassenkampf um die Klassenherrschaft hat keine idealen Momente, sondern, vom Gesichtspunkte der Menschlichkeit betrachtet, höchst notwendige und Laßachen von tragischer Tragweite. Das Proletariat, das seine eigene Herrschaft im Interesse der Aufhebung der Klassenherrschaft offen proklamiert, kann sich der Folgen dieser Klassenherrschaft nicht verschließen, kann keinen Klassenkampf dementsprechend nicht entziehen. Die Klassenstellung und Versorgung des Kindes war in früherer Klassenherrschaft eine andere als die der Eltern. Das „unabhängige“ Proletariat leidet ebenso unter seiner Klasse, wie das „unabhängige“ Kapitalist unter der seinigen. Unmöglich verfährt es in der Diktatur des Proletariats zu Unterdrücken der unteren Klassen in der Regel nach ihrer menschliche Bedürfnisse und vermag sich derselben auf irgendeine Weise zu erheben. Das ist aber nicht möglich. Die Reorganisation ist ein unermüdliches Kämpfen der Klassenherrschaft, die Klassenherrschaft des Proletariats kann nur bestehen, wenn das „unabhängige“, existierende Proletariat schon während des großen Barrenkampfes eine verhältnismäßig gute Versorgung erreicht, daß zunächst es nur möglich, wenn aus dieser Versorgung — dem mit Rücksicht auf den Barrenkampf — je mehr Personen möglichsten werden. Die

Kinder sind nach der alten Sitte der Klassenherrschaft so zu beteiligen, wie ihre Eltern.

Der Kapitalismus schafft nicht nur seine eigenen Totengräber im Proletariate, er schafft für seinen Erben zugleich die zum Aufbau der neuen Wirtschaftsordnung erforderlichen Mittel und Organisationsformen, obwohl er seinen Erben — das Proletariat — noch im Sterben verwünscht und die Luft der neuen Gesellschaft durch seinen verwesenden Körper noch für lange Zeit verpestet. Dies bezieht sich auch auf die Technik der Verteilung. Das unheilvolle Verhältnis des Kapitalismus sind der nur schwer zu vernichtende Warenwucher und der Schleichhandel. Der Kapitalismus hinterläßt aber auch die überaus wertvollen Erfahrungen der kaufmännischen Administration. Die Kriegszeit hat den kapitalistischen Staat gezwungen, großzügige Experimente auf dem Gebiete der Organisation der Warenverteilung vorzunehmen, und wenn auch diese der Bewegungsfreiheit des Kapitalismus widersprechenden Experimente (das System der Lebensmittelkarten, Bezugsscheine, öffentlicher Nahrungsmittelvertrieb, „Zwangswirtschaft“ usw.) innerhalb des Kapitalismus versagten, bieten sie doch wertvolle Grundlagen und Erfahrungen für die Organisation der kommunistischen Güterverteilung. Das letzte Prinzip des Kommunismus auf dem Gebiete des Verbrauches ist, daß jeder nach Maßgabe seiner Bedürfnisse an den Gebrauchsgütern teilhabe; dieses Prinzip kann jedoch während der Diktatur des Proletariats und im ersten Stadium des Kommunismus, im Sozialismus, nicht verwirklicht werden. Als Uebergangsprinzip für den Verbrauch gilt, daß jeder nach Maßgabe seiner Leistung, seiner Arbeit beteiligt werde. Dem entspricht auch die obige Klassentationierung. Auf Grund dieses Prinzips wird das Quantum der zu verteilenden Güter von dem Arbeitsergebnis, zusammenfassend also von der Produktion bestimmt. In diesem Stadium ist es nicht möglich, von einer im voraus festgesetzten Versorgung auszugehen, es müssen vielmehr die Ergebnisse der jeweiligen Produktion auf Grund der Klassentationierung unter dem Unversorgten verteilt werden.

Wir wollen die Technik der Verteilung konkret umschreiben: Das Zentralorgan für Volksernährung verfügt über jeden zum Zwecke des direkten Verbrauches geeigneten, im Inlande hergestellten oder importierten lebenswichtigen Rohmaterial (Die Verfügung über die Produktionsmittel und Rohmaterialien kann nicht in der Kompetenz dieses Organes liegen.) Dieses Zentralorgan verteilt die verfügbaren Mittel unter den Bezirksräten auf Grund der ihrerseits über die Untergruppen angelegten, nach Klassen eingeteilten und von den Bezirksräten und Kontrollorganen kontrollierten Listen. Der Anteil sich zum Beispiel eine zu versorgende Bevölkerung von zehn Millionen unter den vier Verbrauchergruppen wie 2—4—3 und 1 Million und stehen im ersten Jahre beispielsweise fünf Millionen Gemüsen zur Verfügung (durch Produktion, Import oder auch Requisition des Ueberflusses), kann dann der Verteilungsschüssel der folgende sein: in den

Haben Sie schon die „Schleifische Arbeiter-Zeitung“ bei Ihrer Postbestellung bestellt, damit Sie das Organ der U. S. P. schnell und regelmäßig erhalten? Schreiben Sie diesen Schein aus:

Postamt
Hier
Rechen Sie sich mit der Bestellung, denn jede Nummer der „Schleif. Arb. Ztg.“ bringt eine Fülle von interessanten Lesestoff!

III.

Die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages hat folgende Anfrage an die Regierung gerichtet. Ist dem Staatsministerium bekannt, daß die badischen Grundherren sich an das bisher feindliche Ausland gewandt haben, um mit Hilfe des dortigen Finanzkörpers ihre Güter vor Besteuerung und Sozialisierung zu schützen.

IV.

In der letzten Berliner Pressekonferenz teilte auf eine Anfrage der demokratischen Abgeordneten der Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Firsch, folgende hochinteressante Tatsache mit, die zeigt, welche ungeheuerliche Korruption in den Dienststellen des Reichskommissars für die Ein- und Ausfuhr herrscht.

Es heißt in dem Schriftstück unter anderem: Die Ermittlungen über die in der Presse erörterten Fälschungen von Ein- und Ausfuhrbewilligungen haben bis jetzt zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Der Außenhandelsnebenstelle Chemie in Hamburg war bekannt geworden, daß der Firma Paul Hoff am 10. Juni 1920 an der Börse von einem Makler Pughach eine Ausfuhrbewilligung über 10 000 Kilogramm Faulbaumrinde zum Preise von 9000 Mk. angeboten worden sei. Die Bewilligung trug einen Stempel, der sich seit dem 15. März dieses Jahres nicht mehr in Gebrauch befindet.

Nachforschungen haben ergeben, daß mit diesem Stempel noch zahlreiche weitere Fälschungen verübt worden sind. Die Schuldler haben sich dadurch in den Besitz großer Summen gebracht. Ein Teil der Waren ist auf diese Ausfuhrbewilligungen hin bereits verladen worden.

Die beschlagnahmten Bewilligungen sind der Kriminalpolizei übergeben worden. Weitere Ermittlungen sind noch im Gange.

2. Ausfuhrbewilligungen für Holz im Fakturenwert von 35 Millionen Mark, das von Königsberg nach England gehen sollte, und die Ausfuhrbewilligung über 500 Tonnen Benzol im Werte von etwa 1 1/2 Millionen Mark für das städtische Kohlenamt in Elberfeld stellen sich als plumpe Fälschung mit einem nachgemachten Stempel heraus. Zwei der an den Fälschungen beteiligten Personen sind festgenommen, ein dritter ist flüchtig. Ermittlungen sind eingeleitet.

Die Ausfuhr des Holzes ist verhindert, das Benzol ist beschlagnahmt worden.

3. In Karlsruhe sind ebenfalls zahlreiche Fälschungen vorgekommen. Ein Angestellter des Reichskommissars für die Ein- und Ausfuhr in Karlsruhe hat Blankoformulare mit dem erforderlichen Stempel versehen. Der betreffende Beamte ist verhaftet. Er hat bisher zugegeben, in etwa 10 Fällen Mißbrauch mit dem Stempel getrieben zu haben. Er hat für jedes gefälschte Exemplar 2000 Mk. erhalten. Es sind Vorichtsmaßnahmen getroffen worden, um weitere gefälschte Ausfuhrbewilligungen anzuhalten.

4. Bei den in Köln vorgekommenen Fälschungen ist ebenfalls eine Reihe von Blanko-Formularen mit dem Stempel versehen worden. In welchem Umfange Fälschungen vorgekommen sind und von den gefälschten Bewilligungen Gebrauch gemacht worden ist, ist noch Gegenstand eingehender Erhebungen.

Aus der Partei.

Sammlung aller Kommunisten!

Der Zentralausschuß der K. P. D. (Sektion der Kommunistischen Internationale) nahm in seiner Tagung am 28. Oktober 1920 nach einem Referat des Genossen Thalheimer einstimmig folgende Resolution an:

Der Zentralausschuß begrüßt die Trennung der Kommunisten von den opportunistischen Elementen in der U. S. P. D. auf dem Parteitag zu Halle und den Entschluß der Parteimehrheit, die Grundzüge und Laits der Kommunistischen Internationale zu den ihren zu machen und sie in die Tat umzusetzen.

Der Zentralausschuß begrüßt andererseits, daß die in der K. P. D. organisierte Arbeiterschaft sich von den ausgesprochen konterrevolutionären Führerelementen, Wolffheim, Sausenberg, Rühle u. a. getrennt hat oder zu trennen im Begriffe ist.

Der Zentralausschuß stellt fest, daß durch diese Vorgänge die Voraussetzungen für die Bildung einer starken vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands geschaffen sind.

Der Zentralausschuß erklärt daher, daß die Verschmelzung sofort organisch in den Mitgliedschaften vorbereitet und binnen

längster Zeit durchgeführt und daß alle organisatorischen Hemmnisse aufs schnellste überwunden werden müssen. Der Zentralausschuß erblickt in der rechtsunabhängigen, wie in der alten sozialdemokratischen Partei ausgesprochene anti-kommunistische und gegenrevolutionäre Parteien in nationalem wie in internationalem Rahmen und fordert die Parteigenossen auf, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um die Arbeiter diesen Verbündeten der Bourgeoisie zu entreißen. Die starke vereinigte kommunistische Partei ist notwendig, um alle revolutionären Kräfte des Proletariats zusammenzufassen und zum Sturm gegen die verfaulende bürgerliche Gesellschaft und den bürgerlichen Staat zu führen und durch die Diktatur des Proletariats den Weg für den kommunistischen Aufbau zu bahnen.

Gewalttät der Silberdinge.

Die Rechtsunabhängigen haben in trauter Gemeinschaft mit den Rechtssozialisten die Erfurter „Tribüne“ von der Sicherheitspolizei beschlagnahmt, um das Erscheinen zu verhindern. Die Erfurter Arbeiterschaft hat ihre Erbitterung über diesen niederträchtigen Gewalttät in Demonstrationen kundgegeben.

Einowjew und Kosowsky

sind aus Deutschland abgereist.

Provinz.

Das alte Lied.

Görlitz. Die „Görlitzer Volkszeitung“ schreibt: „Selbstmord eines Reichswehrsoldaten. Wie wir erfahren, hat sich am Freitag morgen in der neuen Kaserne ein Mann der 3. Maschinengewehrkompagnie erschossen. Der Mann ist tot. Als Ursache zu dem Selbstmord wird unwürdige Behandlung angegeben. Inwieweit das zutreffend ist, muß durch eine sofortige Untersuchung festgestellt werden, über deren Ergebnis der Öffentlichkeit hoffentlich Mitteilung gemacht wird. Das ist um so notwendiger, als vor diesem Selbstmord ein anderer Mann der Maschinengewehrkompagnie ebenfalls einen Selbstmordversuch unternommen hat. Durch das rechtzeitige Dagwichtreten eines Kameraden wurde die Tat verhindert; der Schuß verletzten dem Soldaten aber den Oberarm.“ — Es wird allmählich so wie unter Wilhelm II. Die Mannschaften werden von ihren Vorgesetzten drangsaliert und sie greifen aus Verzweiflung zur Waffe gegen sich selbst.

Lokales.

Breslau, den 26. Oktober.

Das „Umzugsgut“ des Herrn von Thaer!

Zu unserer Anfrage schreibt das Presseamt des Magistrats:

Zu dem Artikel „Das Umzugsgut des Landeshauptmanns“ in Nr. 113 Ihres geschätzten Blattes vom 13. Oktober 1920 teilen wir Ihnen nachstehend die Erwiderung der Ortskommission mit, um deren Befamntgabe wir ergebnis bitten.

Es ist richtig, daß gegen die Abfuhr der für den Landeshauptmann von Thaer bestimmten Sendung „Umzugsgut“ seitens des Magistrats, Kohlenverjorgung, aufangs Einwendungen nicht erhoben worden sind. Dies geschah aber nur aus dem Grunde, weil die Feststellungen über den Bezug und die Berechtigung zum Bezug der in der Sendung enthaltenen Kohlen einige Zeit in Anspruch nahmen, der Wagon aber mit größter Beschleunigung entladen werden mußte, um ihn nicht standgeldpflichtig werden zu lassen und ihn recht bald dem allgemeinen Verkehr wieder zurückzugeben. Die Kohle ist nach Abschluß der amtlichen Feststellungen beschlagnahmt und restlos ausgeschüttet worden.

Schwerbeschädigte bei Eisenbahnfahrten.

Die Eisenbahndirektionen haben ein Merkblatt über die Fürsorge bei den Eisenbahnfahrten schwerbeschädigter Kriegsteilnehmer herausgegeben, aus dem die amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte, an der Ortsabteilung 3/4, alle wichtigen Bestimmungen mitteilt.

Schwerbeschädigte, die solche mit anderen Eisenbahn oder anderen Verkehrsmitteln längerer Reisen schadet, sowie Kriegsblinde, genießen bei Eisenbahnfahrten besonderer Fürsorge. Sie dürfen von der linken Seite an die Fahrkarten- und Gepäckhalter zur bevorzugten Abfertigung herantreten, an den Bahnreisepersonen sind sie ebenfalls nach Möglichkeit vorzugsweise abzufertigen. Das Eisenbahnpersonal muß sich die Unterbringung der Schwerbeschädigten in den Zügen auf Sitzplätzen und unter Umständen auch im Dienstabteil besonders anlegen sein lassen. Ein Personenzug soll, wenn ein Bedürfnis vorliegt, mindestens ein Abteil 3. Klasse für Schwerkriegsbeschädigte bestimmen und als solches bezeichnet werden. Diese Abteile sind bei starkem Verkehr durch das Bahnpersonal gegen den Andrang anderer Reisender zu schützen.

Die Plätze in diesen Abteilen werden den Schwerbeschädigten eingeräumt, die für die III. Klasse oder eine höhere gültige Fahrkarte haben. Bei nicht voller Ausnutzung können die Abteile für Schwerbeschädigte im Falle starken Verkehrs unter Vorbehalt auch für andere Reisende freigegeben werden mit der Maßgabe, daß diese Reisenden ihre Plätze bei Bedarf für Schwerbeschädigte wieder zu räumen haben. Schwerbeschädigten mit Fahrkarten 4. Klasse ist vom Zugpersonal nach Möglichkeit ein Sitzplatz in dieser Klasse anzuweisen. Ist das wegen Ueberfüllung unmöglich, so können den Kriegsbeschädigten ausnahmsweise ein Platz in der III. Klasse angewiesen werden.

Gelähmte Kriegsbeschädigte, die ihren Krankenfahrstuhl nicht verlassen können, dürfen die Reise mit dem Stuhl im Packwagen zurücklegen.

Die Schwerbeschädigten haben einen Ausweis mit Photographie bei sich zu führen, der ihnen von den zuständigen amtlichen Fürsorgestellen, hier in Breslau also An der Ortsabteilung 3/4, für die Dauer eines Kalenderjahres ausgestellt wird.

Butterverteilung.

Die Lebensmittelmarke P. 1 ist sofort, spätestens aber bis Sonnabend, den 30. Oktober, in den bisher zur Abgabe von Butter ermächtigten Geschäften voranzumelden. Wer nicht voranmeldet, erhält keine Butter. Der Zeitpunkt der Verteilung wird noch bekannt gegeben. — Die Anhänger dieser Lebensmittelmarken sind durch die Händler (Butterabgeber) wie bei den früheren auf Buttermarken stattgefundenen Verteilungen aufgelegt am Montag, den 1. November, vormittags 8—12 Uhr, an die zuständige Brotnarkenausgabestelle einzureichen.

Besseres Brot.

Das Preussische Landesgetreideamt hat bestimmt, daß bei der Bereitung von Brot und Kleingebäck vom 1. November 1920 ab neben 90 Gewichtsteilen Weizen-, Roggen- und Gerstemehl 10 Gewichtsteile Streckungsmittel verwendet werden. In Breslau werden die Bäckereien hiernach künftig zur Brotbereitung 50% Roggenmehl, 20% Weizenmehl, 20% Gerstemehl und 10% Maismehl erhalten. Die Backversuche haben ergeben, daß sich hieraus ein völlig einwandfreies Brot herstellen läßt. Die Verwendung größerer Mengen Streckungsmittel ist ausdrücklich untersagt. Die Verhaftbarkeit des Brotes wird daher künftig zu Klagen keinen Anlaß mehr geben.

Kampfe im Zirkus Busch.

Am Sonnabend ereignete sämtliche Kämpfe das größte Interesse des seit ausserordentlichem Wettem, Westfalen, gelang es mit Hilfe einiger unfaire Griffe und guter Verteidigung Sasi, Breslau, 20 Minuten standhalten. Kalt, Breslau, erlag schon nach 16 Minuten der überlegenen Kraft und Technik des Weltmeisters Ribbacher. Durch Ausheben Matthes, Bayern, welcher schon einige Proben seiner Kraft und Technik gegeben hat, konnte Westergards-Schmidt 20 Minuten standhalten und der Kampf mußte als unentschieden abgebrochen werden; auch war Westergards-Schmidt mehrmals durch blitzschnell angelegte Kossäge von Seiten Matthes' der Niederlage nahe, der Finne Letzter war wie immer durch seine Technik blendend und konnte Refoude, Breslau, in 12 Minuten die Niederlage bereiten. Im Entscheidungskampfe Charuchin, Rußland, gegen Köhler gelang es dem Russen nach hochinteressantem, wechselvollem Kampfe den Sieg durch Rückweichen nach 37 Minuten zu erreichen.

Am Sonntag konnte der Russe Charuchin ein unerwartetes Resultat gegen Weltmeister Ribbacher erzielen. Das gleiche Resultat wurde in dem Kampfe Haber, Königsberg, und Schwarzbauer, Hamburg, erreicht. Dem Oesterreicher Rindolf gelang es Köhler, Berlin, nach 12 Minuten zu besiegen. Im Entscheidungskampfe Sasi, Breslau—Matthes, Bayern, blieb erwartungsgemäß Sasi Sieger, welcher nach interessanter, wechselvollen Kämpfen seinen Gegner nach 41 Minuten auf die Schulten zwang.

Responsible für innere Politik, Wirtschaft, Familien und Provinziales: Sagerer Lubinski; für äußere Politik, Räte, Partei, Internationales und Lokales: Erich Kunz; für Inzerate Fritz Ullrich. Druck: Buchdruckerei Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

In den Fabriken, und Kontoren muß jeder Genosse neue Leser für die „Schlesische Arbeit-Zeitung“ werben!

Stadtheater. Dienstag 7 Uhr. Rigoretta.

Jobe-Theater. Dienstag 7 1/2 Uhr. Die Raiböffe.

Thalia-Theater. Dienstag 7 1/2 Uhr. Thoma-Rend.

Schauspielhaus. Opernabteilung. 21. u. 25.55. Dienstag 7 1/2 Uhr. Der Zigeunerprimas.

LIEBICH-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr. Der große Erfolg des Winter-Programms.

ZEPTEK-KINO. Heute abend. Das rote Fickel.

Harry Piel. Luftpiraten.

Harry Piel. Luftpiraten. Geschwister Freudenberger. Persönliche Auftritte des Lieblichen Gesangs- u. Tanztrios. 17 u. 14 Jahre alt. Außerdem: Vampyre.

Eden-Theater. Lichtspiele in deutscher Uebersetzung. Hauptstadt 27. Als Haupt-Erstaufführung! Der Mann in der Falle. (Mit anderen Titeln) Der Mann ist nicht gestorben, sondern hat sich in die Hände der Polizei gegeben. (Mit anderen Titeln) Spannung! Herrscher der Welt! (Mit anderen Titeln) Der Mann in der Falle.

Möbel. Buchmann. Geschlechts. Gebr. Meister. Spiralbohrer!

Platin. Gold- u. Silbermünzen. Schiff, einzelne Zähne. Brennstoffe. Ich kaufe. Möbel. Inzerate.

Verammlungskalender der U.S.P. Ortsgruppe Breslau. Vom 26. Oktober bis 2. November 1920. Dienstag, 7 1/2 Uhr abends. Nützigung im „Roten Löwen“, Kupferstraße 21. Distriktsabende. Donnerstag, 7 1/2 Uhr abends: Distrikt 2. Freitag, 7 1/2 Uhr abends: Distrikt 1.

Unser Vertreter und Kolporteur. Unsere Vertreter und Kolporteur sind wir, umzugehen mitteilen, wir „Schlesische Arbeit-Zeitung“ mit an sie für einen Monat zu bestellen haben. Goldschloß der Schles. Arbeiter-Zeitung. Breslau, Nikolaistraße 19/20.